

GVK-Pressemitteilung 01/2026 • Berlin 23.04.2026

---

## Gutachten zur Verantwortung digitaler Plattformen und Suchmaschinen zeigt Herausforderungen im regulatorischen Mehrebenensystem

---

Ein neues Gutachten im Auftrag der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) der Medienanstalten zur „Verantwortung digitaler Intermediäre für Inhalte und Medienvielfalt“ analysiert die Rolle digitaler Plattformen und Suchmaschinen für öffentliche Kommunikation und Meinungsbildung im Zusammenspiel von europäischem und nationalem Recht. Im Mittelpunkt steht das regulatorische Mehrebenensystem. Untersucht werden die Verzahnung zentraler Regelwerke – insbesondere Digital Services Act (DSA), European Media Freedom Act (EMFA), KI-Verordnung sowie Medienstaatsvertrag und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – und die daraus resultierenden Fragen der Zuständigkeit, Aufsicht und Durchsetzung.

Das Gutachten zeigt insbesondere:

- komplexe und teilweise nicht vollständig aufeinander abgestimmte Regelungsstrukturen im Zusammenspiel von europäischem und nationalem Recht,
- Herausforderungen bei der Abgrenzung von Zuständigkeiten, insbesondere bei grenzüberschreitenden Sachverhalten,
- strukturelle Rahmenbedingungen, die die Durchsetzung regulatorischer Anforderungen beeinflussen,
- sowie Grenzen bestehender Instrumente zur Sicherung von Medien- und Meinungsvielfalt im digitalen Umfeld.

Darüber hinaus ergeben sich grundlegende Fragen der Zurechnung und Durchsetzung von Verantwortung digitaler Intermediäre im bestehenden Rechtsrahmen. Das Gutachten entwickelt auf dieser Grundlage konkrete Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung des Rechtsrahmens und seiner Durchsetzung.

Albrecht Bähr, Vorsitzender der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK), erklärt: „Das Gutachten zeigt, dass die Regulierung digitaler Intermediäre heute in einem komplexen Mehrebenensystem stattfindet, das nicht in allen Bereichen hinreichend aufeinander abgestimmt ist. Für eine wirksame Aufsicht und Durchsetzung kommt es entscheidend darauf an, Zuständigkeiten klarer zu fassen und bestehende Regelungsansätze besser zu verzahnen. Gleichzeitig müssen

Gesellschafter  
Landesanstalt für Kommunikation  
Baden-Württemberg (LFK)  
Bayerische Landeszentrale für neue Medien  
(BLM)  
Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb)  
Bremische Landesmedienanstalt (brema)  
Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein  
(MA HSH)  
Medienanstalt Hessen  
Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern  
(MfV)  
Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM)  
Landesanstalt für Medien NRW  
Medienanstalt Rheinland-Pfalz  
Landesmedienanstalt Saarland (LMS)  
Sächsische Landesmedienanstalt (SLM)  
Medienanstalt Sachsen-Anhalt  
Thüringer Landesmedienanstalt (TLM)

wir sicherstellen, dass Medien- und Meinungsvielfalt auch im digitalen Raum wirksam gesichert wird und der Schutz von Kindern und Jugendlichen nicht an Zuständigkeitsgrenzen scheitert.“

Die Gremiovorsitzendenkonferenz (GVK) leitet aus dem Gutachten zwei zentrale Handlungsachsen für die weitere medienpolitische Diskussion ab:

- Kinder- und Jugendmedienschutz sichern  
Ziel ist es, die Wirksamkeit nationaler Schutzstandards auch gegenüber grenzüberschreitenden Plattformangeboten zu verbessern.
- Medien- und Meinungsvielfalt sichern  
Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung von Intermediären für die Auffindbarkeit von Inhalten besteht Anpassungsbedarf bei bestehenden Instrumenten der Vielfaltssicherung sowie bei Transparenzanforderungen und Aufsichtsstrukturen.

Das Gutachten sowie weitere Materialien stehen hier zur Verfügung:

<https://www.die-medienanstalten.de/service/gutachten/verantwortung-digitaler-intermediaere/>

Das Gutachten wird am 23.04.2026 ebenfalls auf den Medientagen Mitteldeutschland in Leipzig diskutiert. Mehr zum GVK-Panel „Plattformverantwortung im digitalen Zeitalter – Recht, Aufsicht und Demokratie“ gibt es hier: <https://www.die-medienanstalten.de/service/veranstaltungen/plattformverantwortung-im-digitalen-zeitalter/>

Weitere Informationen über die Medienanstalten finden Sie unter:

[www.die-medienanstalten.de](http://www.die-medienanstalten.de)

---

Kontakt bei Medien-Rückfragen

Christoph Burbes  
Gemeinsame Geschäftsstelle der Medienanstalten  
Telefon: +49 30 2064690-22  
Mail: [presse@die-medienanstalten.de](mailto:presse@die-medienanstalten.de)

[www.die-medienanstalten.de](http://www.die-medienanstalten.de)

Verantwortung für Vielfalt